

Vielfältigen und lang bekannten Herausforderungen sieht die deutsche EU-Ratspräsidentschaft entgegen. Die Europäische Union, und damit auch die nächste Ratspräsidentschaft, wird deshalb eine Verbindung schaffen müssen zwischen den Institutionen und komplexen Politiken in Europa und einem Europa, mit dem sich die Menschen identifizieren. Eine bessere Kommunikationspolitik alleine genügt nicht. Auch die europäische Politik muss besser werden. Erforderlich ist ein Europa, das der Bürger versteht und das den Bürger versteht. Ein Europa, das stärker auf die Bürger zugeht und fragt, welches Europa sie sich wünschen. Ein Europa, das in effektiven Verfahren die richtigen Antworten auf wichtige Fragen gibt. Auf Fragen, in denen Europa einen Mehrwert bringen kann gegenüber der nationalstaatlichen Politik.

Ob Europa sein Potenzial nutzen und konkrete, sichtbare Erfolge liefern kann, entscheidet letztlich über die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union. Europa kann sich insofern selbst schaffen. Es wird sich in Zukunft stärker als bisher an seinen konkreten Leistungen messen lassen müssen. Für die Kriegs- und Nachkriegsgeneration war Europa vorrangig ein Friedensprojekt. Für die jungen Menschen muss Europa heute anders begründet werden. Die Zukunft des europäischen Projektes wird daher von der Fähigkeit abhängen, Herausforderungen zu meistern und gemeinsame Lösungen zu entwickeln, und zwar in verschiedenen Bereichen: institutionell, in der Außen-

und Erweiterungspolitik sowie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

In ihrem Programm greift die deutsche Ratspräsidentschaft alle diese Punkte auf. Die Anliegen der Länder sind bei der Formulierung dieses Programms weitgehend berücksichtigt worden. Am 22. Juni 2006 hatte die Ministerpräsidentenkonferenz ihre Anliegen formuliert und der Bundeskanzlerin überreicht. Entscheidend wird nun sein, dass die deutsche Präsidentschaft geschickt agiert und ihr Programm in erfolgreichen Verhandlungen umsetzt.

Die deutsche Ratspräsidentschaft ist somit eine gute Gelegenheit, um über die Europäische Union und ihre Politik zu informieren und um für Europa zu werben. Dazu leistet die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen einen bedeutenden Beitrag. Als erstes Bundesland haben wir bereits Wochen vor Beginn der Ratspräsidentschaft ein eigenes Internetportal unter www.nrw2007.eu gestartet, um damit vor allem junge Menschen anzusprechen.

Wiederbelebung des Verfassungsprozesses

Eine zentrale Zukunftsfrage für Europa ist seine institutionelle Ausgestaltung. Wie soll das politische Mehrebenensystem in Europa neu ausbalanciert werden? Wie sollen Macht und Aufgaben zwischen den verschiedenen Ebenen und Akteuren verteilt werden? Wichtigstes Projekt der Ratspräsidentschaft ist daher die Wiederbelebung des europäischen Verfassungsprozesses. Ohne Frage ist eine Reform der institutionellen Grundlagen

essenziell, um Europas Handlungsfähigkeit auch mit 27 Mitgliedstaaten zu sichern. Die EU braucht mehr Bürgernähe, Demokratie, Transparenz, Effizienz und Subsidiarität. Europa braucht den Verfassungsvertrag. Die Länder haben sich in den Konvent und auch in die Regierungskonferenz, die zu dem vorliegenden Verfassungsentwurf führten, intensiv eingebracht. Sie haben wichtige Anliegen formuliert und im Vertrag unterbringen können.

Die beiden gescheiterten Referenden in 2005 gegenüber der Ratifizierung des Vertrages durch inzwischen fünfzehn Mitgliedstaaten bedeuten eine komplizierte Ausgangslage für die anstehenden Gespräche mit den Regierungen der EU. Die Verfassungsfrage wird sich ohnehin nicht innerhalb von sechs Monaten lösen lassen. Am Ende soll jedoch ein Fahrplan mit der Aussicht auf ein vernünftiges Ergebnis stehen. „Vernünftig“ heißt in diesem Zusammenhang, möglichst viel von der rechtlichen und politischen Substanz des vorliegenden Vertrages zu retten.

Subsidiarität und Bürgernähe

Unabhängig vom Verfassungsprozess fordern die Länder die zügige Einführung eines Frühwarnsystems zur Subsidiaritätskontrolle, mit dem die nationalen Parlamente Einwände gegen Vorschläge der EU-Kommission erheben können. Im September 2006 hat die Kommission freiwillig mit der Übermittlung aller Dokumente im Kontext oder Vorfeld von Rechtssetzungsakten an die nationalen Parlamente begonnen. Diese Übermittlungen sind verbunden mit der Bitte um eine Stellungnahme, in der sie Bedenken hinsichtlich der Zuständigkeit der EU deutlich machen können. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ohne eine institutionelle Ausgestaltung bleibt dieser Schritt jedoch unzureichend. So sind etwa die Bedeutung und Verwendung der Stellungnahmen unklar. Wichtig wäre daher

eine konkretere Fassung des neuen Mechanismus. Dies würde nicht auf eine Rosinenpickerei und Zerfledderung des Verfassungsvertrages hinauslaufen – im Gegenteil: Eine Stärkung von Subsidiarität und Bürgernähe könnte zur Akzeptanz des Vertrages insgesamt beitragen. Europa muss da tätig werden, wo es einen echten Mehrwert erbringen kann, wo der Nationalstaat weniger leistungsfähig ist. Europa muss jedoch von den Themen die Finger lassen, die auf den politischen Ebenen geregelt werden können, die näher am Bürger sind.

Fakt ist: Ein dezentrales Europa, ein Europa der Regionen, das dicht an den Problemen und an den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ist, trägt zu einer besseren Akzeptanz der Europäischen Union und ihrer Entscheidungen bei den Bürgerinnen und Bürgern bei. Die Regionen dürfen nicht zu bloßen Agenturen der Umsetzung europäischer Gesetze, Verordnungen und Richtlinien werden. Sie garantieren den Menschen, auch in einer erweiterten Union ihre spezifische Identität bewahren zu können. Europa braucht starke Regionen: Regionen, die selbstbewusst eine aktive Rolle in der Gestaltung der Europäischen Integration spielen – und auch spielen können. Europa muss sich aber nicht nur nach innen erneuern, es muss auch sein außenpolitisches Profil weiter schärfen.

Nachbarschaftspolitik als Alternative

Die strikte Einhaltung aller Kriterien durch die Beitrittskandidaten sollte zentraler Maßstab sein für künftige Erweiterungen der Europäischen Union. Allein von den Institutionen her kann die Europäische Union derzeit keine weiteren Mitglieder verkraften. Um nach innen und außen handlungsfähig und stark zu sein, gibt es möglicherweise eine kritische Größe der Gemeinschaft, die es zu beachten gilt. Nur ein starkes Europa wird seinen eigenen

Ansprüchen – auch in der Außenpolitik – gerecht werden können. Mit der Aufnahme zehn neuer Mitgliedstaaten im Jahr 2004 hat die Gemeinschaft einen historisch bedeutsamen Schritt vollzogen. Die Erweiterung der Europäischen Union und die dadurch ausgelösten wirtschaftlichen und sozialen Anpassungsprozesse treffen jedoch bei Teilen der Bevölkerung auf Besorgnis – die Vorteile treten in den Hintergrund. Die Europäische Union sollte sich nun mit ganzer Kraft und höchstem Einfühlungsvermögen darauf konzentrieren, die aktuellen Verhandlungen der Türkei und Kroatien als transparenten und nachvollziehbaren Prozess durchzuführen. Viele der Unionsbürgerinnen und -bürger werden daran die Europäische Union als Ganzes messen.

Die Europäische Union muss sich außerdem dazu bekennen, dass sie über bereits gegebene Beitrittsversprechen hinaus auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein wird, weitere Mitglieder aufzunehmen. Daraus folgt die Notwendigkeit, den Nachbarregionen und Staaten eine klare Alternative aufzuzeigen. Diese Alternative existiert bereits in Form der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union. Die Nachbarschaftspolitik muss eine neue Dynamik erfahren. Europäische Solidarität ist auch jenseits einer Beitrittsperspektive notwendig und möglich. Die Notwendigkeit folgt nicht zuletzt daraus, dass einige Mitgliedstaaten, etwa Polen, gerne ihre direkten Nachbarn in der Europäischen Union sehen würden.

Auftrieb durch die Lissabon-Strategie

Im Zentrum der deutschen Ratspräsidentschaft steht auch die Aufgabe, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und mehr wirtschaftliche Dynamik zu erzeugen. Die Lissabon-Strategie muss zum Reformmotor der EU und der Mitgliedstaaten werden. Sie ist das zentrale Instrument, um durch Setzen bestimmter Ziel-

vorgaben und wechselseitige Lernprozesse die nötigen Modernisierungsprozesse und Strukturreformen in der Gemeinschaft voranzubringen. Diese Bedeutung muss die deutsche Ratspräsidentschaft unterstreichen und weitere Bemühungen einfordern. Auf dem Weg zum ehrgeizigen Lissabon-Ziel von 2000, als die Staats- und Regierungschefs beschlossen, die EU bis zum Jahr 2010 zum führenden wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu entwickeln, blieb der erhoffte Erfolg zunächst hinter den Erwartungen zurück.

Kooperationen mit der Wirtschaft

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sieht in der Lissabon-Strategie auch den Rahmen, in dem sich Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik gegenseitig verstärken, so dass unter Achtung europäischer Werte Fortschritte gleichzeitig bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, bei der Wettbewerbsfähigkeit, beim sozialen Zusammenhalt und der Nachhaltigkeit erzielt werden. Die deutsche Ratspräsidentschaft wird sich daher im Kontext von Lissabon auch anderen drängenden Themen widmen, die nur ganzheitlich und in Kooperation mit der Wirtschaft gelöst werden können: der Förderung der Entwicklung von ressourcenschonenden Technologien, der Bekämpfung des Klimawandels, dem Bodenschutz und der Abfallwirtschaft und der Artenvielfalt. Daneben wird der Erhaltung und Weiterentwicklung des europäischen Sozialmodells eine Schlüsselrolle zukommen. Der Sozialstaat mit seinen Regelungen zur sozialen Sicherheit, zur Gesundheitspolitik, zum Arbeitsschutz, zur Gleichberechtigung hat in den letzten Jahrzehnten einen festen Platz auf der Brüsseler Agenda erhalten.

Unsere Auffassung von sozialer Verantwortung scheint durch den Wettbewerb in der Globalisierung gefährdet und infrage gestellt. Niemand in Europa darf

den Fehler machen, so billig wie andere Weltmarktteilnehmer produzieren zu wollen und deshalb Standards und Werte leichtfertig aufzugeben. Wir müssen in der Hochtechnologie besser sein und bleiben. Nur so können wir unseren Sozialstaat bewahren. Dies geht nur durch gemeinsame Mindeststandards, die wir dann offensiv nach außen vertreten sollten. Europa muss sich in der globalisierten Welt als dynamischer und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsraum behaupten und weiterentwickeln. Dazu müssen wir Wachstumsblockaden auflösen und Forschung und Innovation forcieren.

Konkrete Maßnahmen

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat ihre Hausaufgaben gemacht. Wir haben im März einen sehr konkreten Maßnahmenkatalog zur Lissabon-Strategie verabschiedet. Wir dokumentieren damit die Umsetzung des deutschen nationalen Reformprogramms und der Lissabon-Ziele in Nordrhein-Westfalen. In Nordrhein-Westfalen stellen wir uns beispielsweise der Herausforderung der Wissensgesellschaft mit einer Politik, die in allen Bereichen auf Innovationen setzt. Wir stellen dabei die Stärkung von Stärken und die Förderung von Exzellenz in den Vordergrund. Die Gießkanne als Werkzeug der Förderung hat bei uns ausgedient. Wir setzen auf Wettbewerb zwischen Regionen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen und auf Profilbildung. In politischer Hinsicht soll die Initiative „Bessere Rechtsetzung“ der geringer werdenden Zustimmung der Bür-

gerinnen und Bürger zur europäischen Integration entgegenwirken. In ökonomischer Hinsicht soll sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern, indem sie die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert. Ebenso ist die Landesregierung bemüht, die Bürokratiebelastung für die Wirtschaft zu senken. Sie hat deshalb beschlossen, die Bürokratiekostenmessung nach der Methode des Standardkosten-Modells auch in Nordrhein-Westfalen einzuführen. Derzeit findet hier ein „Quick-Scan“ – also eine Schnelldurchsicht – aller Rechtsvorschriften statt. Dabei wird die Kostenbelastung der Wirtschaft durch die Erfüllung von Informationspflichten gegenüber dem Staat analytisch geschätzt. Die Landesregierung erwartet davon eine Rangliste der Kostentreiber, die zeigt, wo man ansetzen muss, um die Wirtschaft nachhaltig von Bürokratiekosten zu entlasten.

Die deutsche Ratspräsidentschaft sieht großen Herausforderungen entgegen. Sie ist aber auch eine Chance für Deutschland und für Nordrhein-Westfalen. Wir können erstens den Takt in Europa vorgeben und wichtige Themen voranbringen. Zweitens können wir uns als europäisches Kernland präsentieren – drei informelle Ministerräte werden im ersten Halbjahr in Nordrhein-Westfalen stattfinden. Drittens können wir Europa den Bürgern näher bringen – wie es nur selten in dieser Intensität möglich ist. Deshalb bleibt festzuhalten: Europa wird von allen geschaffen – von den Bürgerinnen und Bürgern und von der Politik.

Das Europabüro Brüssel der Konrad-Adenauer-Stiftung hat in der Reihe
„Democracy and Development – European Dialogue Papers“
eine Neuerscheinung mit dem Titel

The European Union and China – Strategic Partnership towards Developing Countries?
herausgegeben. Die Beiträge von Teilnehmern einer internationalen Konferenz
wurden hierin zusammengefasst. Weitere Informationen und Bestellung über:
Denis Schrey, Europabüro Brüssel der KAS, schrey@eukas.be